

Andrés Pastrana Arango

Frieden für Kolumbien

Seit Beginn seiner Amtszeit fühlt sich der konservative Staatspräsident Kolumbiens, Andrés Pastrana Arango, dem Kampf gegen die vielfältigen Formen der Gewalt in dem südamerikanischen Land und damit dem Kampf für den Frieden, der Voraussetzung für die Inangriffnahme aller weiteren Ziele, verpflichtet. Hierbei schreckt er auch vor unkonventionellen Schritten wie dem Aufsuchen der Rebellenführer in ihren Stellungen im kolumbianischen Urwald nicht zurück, um zu Erfolgen im Dialog mit den linksgerichteten Guerrilleros von ELN und FARC zu kommen. Allen Falschmeldungen zum Trotz gilt der Kampf Pastranas aber auch den rechtsextremen „Autodefensas“, wie entsprechende Militäroperationen, Verhaftungen und Diziplinarmaßnahmen auch in den regulären Streitkräften des Landes zeigen. Bei der Verankerung des Friedens hofft die kolumbianische Regierung auf die Hilfe der Europäer und, dies besonders, der Deutschen.

Ich möchte zunächst bitten, mir ein wenig mit der Vorstellungskraft zu folgen und einmal an die Kinder zu denken, die aus dem einen oder anderen Grund von Zuhause weggehen, um woanders zu studieren. Dabei gestalten sie nicht nur ihr eigenes Leben, sondern lernen auch noch, nach ihrer eigenen Logik mit uns umzugehen und erteilen uns Lektionen über das, was man unbedingt lernen muss.

Bitte versuchen wir einmal, uns in einen Vater oder eine Mutter zu versetzen, die sich um ihre einzige, geliebte Tochter sorgen, welche gerade ihre ersten Erfahrungen als auf sich selbst gestellte und unabhängige Persönlichkeit macht, und die von ihr den folgenden Brief erhalten:

„Liebe Mama, lieber Papa,

Es tut mir sehr leid, dass ich Euch erst jetzt schreiben kann, aber mir ist in der Nacht, als es wegen des Studentenstreiks zu dem Brand im Schlafraum und dem sich anschließenden Menschenauflauf kam, mein Briefpapier abhanden gekommen. Ich bin jetzt außer Gefahr und schon aus dem Krankenhaus entlassen. Der Arzt hat mir gesagt, dass ich in einigen Tagen wiedersehen werden kann. Wir werden es erst dann genau wissen, wenn mir der Verband vom Gesicht abgenommen wird.

Juan, der Junge, der mich bei dem Brand gerettet hatte, hat mir liebenswürdigerweise angeboten, so lange mit ihm in seinem Zimmer zusammenzuwohnen, bis die Schlafsäle wieder aufgebaut sind. Er stammt aus einer guten Familie und deswegen hoffe ich, dass Ihr nicht überrascht seid, wenn ich Euch hiermit mitteile,

dass wir bald heiraten werden. Ihr habt Euch doch immer einen Enkel gewünscht und daher freue ich mich, Euch sagen zu können, dass der Enkel in ungefähr einem Monat auf die Welt kommen wird.

Nehmt bitte das bisher Geschriebene nicht ernst und gebt nichts auf die Satzstellung und Grammatik. Es gab keinen Brand, ich war in keinem Krankenhaus, bin auch nicht schwanger und habe nicht einmal einen Freund.

Was passiert ist, ist, dass ich in Mathematik durchgefallen bin und auch in Chemie, Französisch und Physik. Ich wollte nur, dass Ihr diese Nachricht in das richtige Verhältnis setzt.

Ich grüße Euch ganz lieb.

Maria“.

Maria kannte ihre Eltern wirklich gut. Das Katastrophale lässt sich immer auf den Konflikt reduzieren und der Konflikt findet wiederum eine zutreffendere Realität, die sich im Problem äußert.

Genau das geschieht mit dem Thema Frieden in Kolumbien. Hier hört man oft so viele und so brutale Dinge, durch die die Katastrophe als etwas so Offenkundiges erscheint, dass es besser wäre, nichts zu tun. Oder es wird alles mit solch einem Pessimismus dargestellt, dass der Eindruck entsteht, es gebe keinen Ausweg.

Wie Maria in ihrem Brief, kann ich versichern, dass die Integrität des Landes gegeben ist und dessen Institutionen fest verankert sind. Wir räumen ein, dass es in einigen Fächern schlechte Zensuren gibt, aber wir haben die Chance, das Examen zu wiederholen, uns in neue Fächer einzuarbeiten, Rückstände aufzuholen und die Sache, wie es das Mädchen sagte, im Rahmen der entsprechenden Perspektive zu sehen.

Ich habe mir erlaubt, mit der Lektüre dieses Briefes zu beginnen, weil ich jedes Mal, wenn ich über den Frieden in Kolumbien spreche, auf Leute treffe, die sich in die schlimmsten Szenarien versetzen, um ihre Überlegungen zu den Realitäten in Kolumbien anzustellen. Diese Realitäten sind sicherlich ernst, aber niemals so ernst, wie es sich die einen in ihren Vorurteilen und die anderen in ihrer Unkenntnis einbilden.

Das ist immer so und obwohl ich mir über die Verhältnisse im Klaren bin, unter denen wir Kolumbia-

■ Hier hört man oft so viele und so brutale Dinge, durch die die Katastrophe als etwas so Offenkundiges erscheint, dass es besser wäre, nichts zu tun. Oder es wird alles mit solch einem Pessimismus dargestellt, dass der Eindruck entsteht, es gebe keinen Ausweg.

Für mich ist seit den ersten Jahren meines politischen Lebens der Einsatz für den Frieden die größte Herausforderung, der Leitfaden meiner Tätigkeit, der Wesensgrund meiner Arbeit und der Dreh- und Angelpunkt eines Vorschlags, den ich dem Land immer wieder während meiner ganzen politischen Karriere unterbreitet habe und der in der unmittelbar zurückliegenden politischen Geschichte durch die besten Wahlergebnisse unterstützt wurde.

ner leben und arbeiten, werde ich nie die entwürdigenden Entstellungen derjenigen akzeptieren, die, weil sie die Hoffnung nicht kennen, uns die Möglichkeit verwehren wollen, uns unsere eigene Realität zu schaffen. Und aus diesem Grund möchte ich klar sagen: Wir haben in Kolumbien keinen Bürgerkrieg, sondern einen Krieg gegen die Zivilgesellschaft.

Für mich ist seit den ersten Jahren meines politischen Lebens der Einsatz für den Frieden die größte Herausforderung, der Leitfaden meiner Tätigkeit, der Wesensgrund meiner Arbeit und der Dreh- und Angelpunkt eines Vorschlags, den ich dem Land immer wieder während meiner ganzen politischen Karriere unterbreitet habe und der in der unmittelbar zurückliegenden politischen Geschichte durch die besten Wahlergebnisse unterstützt wurde.

Adenauer, der das deutsche Volk aus Zerstörung, Asche und Scham herausführte und ihm wieder zu Würde verhalf, ihm den Weg in die Zukunft wies, hat genau das getan, was Alexander der Große einmal sagte. Nur der Ruhm dessen, der mit der Ehre gelebt hat, wächst von Jahr zu Jahr. Mehr noch, die Konrad-Adenauer-Stiftung ist Teil unserer Geschichte in Kolumbien. Gemeinsam gehen wir den Weg der Demokratie, der Wahrheit, der Freiheit, der Solidarität, der Achtung der Menschenrechte, die die Fundamente der Demokratie bilden.

Bei der Beschäftigung mit der Literatur und beim Studium der Dokumente habe ich die Gewissheit gewonnen, dass der Frieden alles ist. Mir ist klar geworden, dass man bei einer ernsthaften Betrachtungsweise der Politik, der öffentlichen Verwaltung, der Entwicklung der Gemeinschaft, des Umgangs mit der Zivilgesellschaft immer zu der Schlussfolgerung gelangt, dass die Anstrengungen aller auf die Schaffung des Friedens, die Neuformulierung des Friedens, die Vertiefung des Friedens gerichtet sind und man dabei von dem alten Prinzip ausgeht, wonach die Politik mit dem Streben nach Frieden beginnt und ihr höchstes Niveau erreicht, wenn man den Frieden erringt.

Ich teile voll und ganz den Gedanken, dass es unter allen Rechten zwei gibt, über die in keiner Weise diskutiert werden kann: das Recht auf Leben und das Recht auf Frieden.

Das Recht auf Leben kann niemals vom Recht auf Frieden getrennt werden.

Das Recht auf Leben zeigt uns die unwiderlegliche Gültigkeit des Verbotes zu töten. Es gibt nicht einen Grund, der auch nur den geringsten Angriff auf das Leben rechtfertigen könnte. Für uns ist eine demokratische Gesellschaft eine Gesellschaft, die sich stets für das Leben entscheidet.

Davon darf man nicht abweichen: Kultur des Lebens bedeutet Ablehnung ausnahmslos jeder Form von Gewalt.

Ich weiß, dass es einigen schwerfällt, diesen Zusammenhang von Kultur des Lebens und Ablehnung der Gewalt zu begreifen, aber ich möchte darauf bestehen, weil die Gewalt viele Gesichter hat, die aufgedeckt werden müssen, wenn man in Frieden leben will. Es gibt die Gewalt des Hungers, die Gewalt des Ausgeschlossenseins, die Gewalt der Armut, die Gewalt der Misshandlung der Umwelt, die Gewalt der Verbreitung von Drogen, die Gewalt des Waffenhandels, die Gewalt der bewaffneten Konflikte.

All diese wesentlichen Arten der Gewalt sind gegen das Leben und gegen den Frieden gerichtet.

Als ich mein Mandat als Präsident Kolumbiens erhielt, habe ich klar von meinem Engagement für das Leben und den Frieden gesprochen. Ich habe klar zum Ausdruck gebracht, dass Frieden die Voraussetzung für die Erreichbarkeit aller anderen Ziele ist. Ich habe klar gesagt, dass die Entscheidung für den Frieden keine billige taktische Geste des Politikers, sondern der unmissverständliche Ausdruck einer politischen Überzeugung sein muss.

Wir, die Völker und Gemeinschaften, die wir die Auswirkungen der Gewalt erleben, die wir am eigenen Körper die Nähe des Todes erfahren haben, die entehrende Belastung der Entführung, den schmerzhaften Verlust der Freiheit und sogar der eigenen, unsere Würde ausmachenden Identität, können keine Theorien über den Frieden anstellen und auch nicht akzeptieren, dass der Frieden nur eine Theorie sei.

Es gibt Leute, die sich mit Worten und in Erklärungen für den Frieden einsetzen, der Einsatz für den Frieden kennt aber keinen anderen sicheren Weg als den der Gesten und der Taten für den Frieden.

Ich habe die klare Überzeugung, dass der Frieden niemals gescheitert ist und dass im Gegensatz dazu die Gewalt immer scheiterte. Die Gewalt ist als politisches Mittel gescheitert, weil Gewalt zerstört und die

■ Als ich mein Mandat als Präsident Kolumbiens erhielt, habe ich klar von meinem Engagement für das Leben und den Frieden gesprochen. Ich habe klar zum Ausdruck gebracht, dass Frieden die Voraussetzung für die Erreichbarkeit aller anderen Ziele ist.

■ Als Präsident bin ich in den Urwald gegangen, um die Anführer der Guerrilla aufzusuchen und sie zu überzeugen, dass die Arbeit für den Frieden eine unaufschiebbare Aufgabe ist, der man sich stellen muss, und dass wir alle mit dem Frieden gewinnen. Nicht die Schwäche führt einen Präsidenten zum Gegner, sondern die Stärke einer unabweisbaren Idee.

Moral der Völker und die Grundlagen, die eine Gesellschaft begründen, dem Verfall preisgibt. Gewalt hinterlässt nur Tote und Tränen und darauf kann man nichts Beständiges aufbauen.

Als Präsident bin ich in den Urwald gegangen, um die Anführer der Guerrilla aufzusuchen und sie zu überzeugen, dass die Arbeit für den Frieden eine unaufschiebbare Aufgabe ist, der man sich stellen muss, und dass wir alle mit dem Frieden gewinnen. Nicht die Schwäche führt einen Präsidenten zum Gegner, sondern die Stärke einer unabweisbaren Idee.

Wir bringen gegenwärtig beharrlich und entschieden den Dialog- und Verhandlungsprozess mit den FARC voran und ich bin mir sicher, dass an dem Runden Tisch für Dialog und Verhandlungen und durch das vor kurzem erreichte Abkommen von Los Pozos Vereinbarungen für die Gestaltung einer gemeinsamen Agenda für den Wechsel zu einem neuen Kolumbien erreicht werden, deren Ziele die Feuerstellung, die Achtung der Menschenrechte und die Verankerung des internationalen humanitären Rechtes sind.

Ich kann ebenfalls sagen, dass wir bei der Suche nach Kompromissen mit der Nationalen Befreiungsarmee E.L.N. erfolgversprechende Schritte unternehmen. Bei diesem Prozess hat Deutschland eine herausragende Rolle gespielt. Es war zuerst Gastgeber wichtiger Treffen zwischen der Zivilgesellschaft und der Guerrillagruppe und gehörte später zur Gruppe der fünf Länder für die Überprüfung der eventuellen Begegnungszone, die wir einrichten wollen, um im Friedensdialog weiter voranzukommen.

Es darf auch keinen Zweifel daran geben, dass meine Regierung am Kampf gegen die illegalen Selbstverteidigungsgruppen und den Drogenhandel, die nach meiner Überzeugung die Hauptfeinde des Friedens in Kolumbien sind, festhält.

In unserer spanischen Tradition sagt man umgangssprachlich, dass Taten aus Liebe und nicht aus Vernunftgründen begangen werden. Ich glaube, dass es so ist, dass man den Mut haben muss, Gesten des Friedens zu zeigen, Initiativen zu ergreifen, Risiken für den Frieden zu wagen, wenn es notwendig sein sollte, bis ans Ende der Welt und sogar in das Lager der Rebellen zu gehen, um für den Frieden einzutreten.

Der Frieden ist kein kostspieliger Zeitvertreib der Politik, er ist der Wesensgrund der Politik.

Ich bin davon überzeugt, dass, wer für den Frieden eintritt, für das Leben eintritt. Wir legen jetzt die Saat für eine Zukunft, der wir uns verpflichtet fühlen.

Es schmerzt mich tief, wenn ich so viele Kinder, so viele Männer und Frauen sehe, die niemals das Privileg hatten, auch nur einen Tag in der Sicherheit des Friedens zu leben. Wenn man wirklich eine neue Gesellschaft aufbauen will, muss man sich verpflichten, den Frieden aufzubauen. Es kann nicht sein, dass der Mensch nur zum Sterben taugt.

Wie kann man zum Beispiel hinnehmen, dass Kinder bewaffnet werden, wie kann man hinnehmen, dass das neue Leben zum Töten ausgebildet wird, wie kann man hinnehmen, dass ihre Fähigkeiten zu spielen, zu laufen und sich zu freuen in Minenfeldern ihr Ende finden, und vor allem, wie kann man hinnehmen, dass in ihnen die Saat der Zerstörung und des Todes ausgebracht wird. In dieser Hinsicht haben wir bereits die ersten guten Ergebnisse erzielt. Wer wie wir unsere Kinder noch mit den Augen der Eltern betrachtet, weiß, wie großartig es ist, wenn Kinder zur Kindheit zurückfinden, die man ihnen verwehrte, indem man sie mit dem Tode blendete.

Ich werde auch in Zukunft immer und immer wieder eindeutige Entscheidungen für das Leben und den Frieden einfordern und für radikale Verbote, wie das Verbot der Anwendung von Gewalt und der Korruption von Kindern eintreten, wenn man aus ihnen Instrumente zum Töten macht und sie für den Tod verpflichtet.

Das Recht auf Leben, das Recht auf Frieden sind in Wirklichkeit die Grundprinzipien einer wahrhaften Politik.

■ Frieden und Menschenrechte

Nationen, Gesellschaften, Regierungen und politische Gruppen haben keine gesicherte Zukunft, wenn sie nicht zuvor die gesicherten Voraussetzungen für die Achtung der Menschenrechte aller ihrer Mitglieder, vom kleinsten angefangen, geschaffen haben. Eine mit der Kultur des Lebens und der Kultur des Friedens verbundene Kultur der Menschenrechte steckt genau den Rahmen ab, in dem der Staat mit allen übrigen ein-

■ Es schmerzt mich tief, wenn ich so viele Kinder, so viele Männer und Frauen sehe, die niemals das Privileg hatten, auch nur einen Tag in der Sicherheit des Friedens zu leben. Wenn man wirklich eine neue Gesellschaft aufbauen will, muss man sich verpflichten, den Frieden aufzubauen. Es kann nicht sein, dass der Mensch nur zum Sterben taugt.

zernen und gemeinschaftlichen Akteuren, die sich um den Frieden sorgen, übereinstimmt.

Die Menschenrechte sind der Begegnungspunkt der internationalen Kooperation, jener Kooperation, die versteht, dass Hilfe für den Aufbau notwendig ist und dass außerdem Anstrengungen unternommen werden müssen, um durch koordinierte Maßnahmen die verschiedenen Akteure zu stärken, die die Menschenrechte in das Zentrum ihres Engagements stellen.

Natürlich beziehe ich mich hierbei auf jene Länder, jene Nichtregierungsorganisationen und jene Gruppen der internationalen Zivilgesellschaft, die ehrlich an der Verbesserung der Lebensqualität durch die Stärkung der Menschenrechte mitwirken wollen und nicht auf jene, die versuchen, nach außen das zu schützen, was sie im Inneren nicht respektieren oder die bei den einen das tolerieren, was sie bei anderen kritisieren und mit Vergnügen Mörtern und Entführern ständigen Schutz bieten.

Ich bin mir sicher, dass es keine besseren Zuhörer als hier in Deutschland gibt, denen wir berichten können, was wir in Kolumbien bei dem Grundthema der Menschenrechte getan haben und gegenwärtig tun, einem Thema, dem wir uns aus moralischer Überzeugung und aus der Bestimmung unseres Lebens verpflichtet fühlen.

An erster Stelle möchte ich hervorheben, dass meine Regierung im vorletzten Jahr in einer in unserem Land noch nie dagewesenen Aktion der nationalen und internationalen Gemeinschaft öffentlich die Politik vorgestellt hat, die sie auf dem Gebiet der Menschenrechte und der Anwendung des internationalen humanitären Rechtes umsetzen will und die das Ergebnis eines breiten Konsenses aller Institutionen ist, die bei diesem Thema Verantwortung tragen.

Diese Tatsache ist in mehrerer Hinsicht bedeutsam. Einerseits spiegelt sie die politische Verpflichtung der Regierung Kolumbiens gegenüber diesem Thema und bringt den realen Willen zum Ausdruck, Geschlossenheit und Wirksamkeit für die Verteidigung und den Schutz dieses Ziels zu erreichen. Andererseits erlaubt sie es, die Prioritäten festzulegen und die immer knappen Mittel gezielt zur Verfolgung der angegebenen Ziele einzusetzen. Schließlich – und das ist das Wichtigste – ist diese Politik, eben weil sie

■ Ich bin mir sicher, dass es keine besseren Zuhörer als hier in Deutschland gibt, denen wir berichten können, was wir in Kolumbien bei dem Grundthema der Menschenrechte getan haben und gegenwärtig tun, einem Thema, dem wir uns aus moralischer Überzeugung und aus der Bestimmung unseres Lebens verpflichtet fühlen.

öffentlich und für jedermann sichtbar ist – zu jeder Zeit kontrollierbar und ständig überprüfbar.

Ich möchte einige herausragende Erfolge anführen, die wir bei der Umsetzung dieser Politik erzielt haben. Im Kampf gegen die außerhalb des Gesetzes stehenden bewaffneten Gruppen – die Guerrillas und die illegalen Selbstverteidigungsgruppen –, die die Hauptverantwortlichen für die Verletzungen des Rechts auf Leben, auf Freiheit und persönliche Unversehrtheit sind, erzielen die Streitkräfte überzeugende Ergebnisse und haben die Fähigkeiten für offensive und abschreckende Aktionen zurückgewonnen.

Zu diesem Aspekt erachte ich zwei Klarstellungen als angebracht, insbesondere auf Grund der oft in anderen Ländern, einschließlich in Deutschland, vorhandenen Desinformation über die wahre Situation in Kolumbien. Die erste ist, dass es keinen Widerspruch zwischen der Stärkung der Effektivität der staatlichen Sicherheitsorgane und der Friedenspolitik gibt. Es gibt ihn nicht, weil der Staat nicht von seiner Pflicht abrücken kann, die Bevölkerung vor den heimtückischen Angriffen der illegalen Gruppen zu schützen und weil nur zuverlässige und gesetzmäßige militärische Kräfte die Subversion bei ihrem Versuch, durch Waffengewalt und Einschüchterung die Kontrolle über den Staat zu erlangen, abschrecken können.

Die zweite Klarstellung, die ich hier anbringen möchte, ist die, dass der kolumbianische Staat entschlossen und schlagkräftig die illegalen Selbstverteidigungsgruppen bekämpft. Ich möchte dies mit Nachdruck sagen, weil Regierung und Streitkräfte nicht die Existenz bewaffneter und außerhalb des Gesetzes stehender Gruppen hinnehmen, wo immer sie auch herkommen mögen, und erst recht nicht jene Gruppen, die Massaker unterstützen oder verüben, die einen Angriff auf jede Idee von Menschlichkeit darstellen.

Im Namen der Regierung und aller anständigen Kolumbianer weise ich die Anklagen zurück, wonach es Verbindungen zwischen diesen kriminellen Gruppierungen und den öffentlichen Organen gibt. Über die Hälfte der Staatsangestellten, die in diesem inneren Konflikt ums Leben gekommen sind, sind Opfer dieser illegalen Selbstverteidigungsgruppen. Wie kann man da noch am Verdacht einer Verbindung zum Staat festhalten? Eines muss klar sein: Die Selbstver-

■ Ich erachte zwei Klarstellungen als angebracht, insbesondere auf Grund der oft in anderen Ländern vorhandenen Desinformation über die wahre Situation in Kolumbien. Die erste ist, dass es keinen Widerspruch zwischen der Stärkung der Effektivität der staatlichen Sicherheitsorgane und der Friedenspolitik gibt.

■ Die zweite Klarstellung, die ich hier anbringen möchte, ist die, dass der kolumbianische Staat entschlossen und schlagkräftig die illegalen Selbstverteidigungsgruppen bekämpft.

■ Die internationale Gemeinschaft muss wissen, dass wir einen ausgearbeiteten Aktionsplan für den Kampf gegen die Verbrechergruppen haben, den wir mit Entschlossenheit und Zuversicht umsetzen.

teidigungsgruppen sind Verbrecher, gegen die sich alle Kräfte des Staates richten.

Die internationale Gemeinschaft muss wissen, dass wir einen ausgearbeiteten Aktionsplan für den Kampf gegen diese Verbrechergruppen haben, den wir mit Entschlossenheit und Zuversicht umsetzen.

An erster Stelle haben wir ein „Nationales Koordinierungszentrum für den Kampf gegen die illegalen Selbstverteidigungsgruppen“ geschaffen, an dem neben der Regierung und der öffentlichen Gewalt die Prozessvertreter des Staates, die Generalstaatsanwaltschaft und das Büro des Ombudsmanns des Volkes beteiligt sind.

Als zweites haben wir auch eine Finanzbrigade gegründet, zu der die Staatsanwaltschaft, die Bankenaufsichtsbehörde, die Steuerdirektion gehören, um jene Mittel festzustellen und zu bekämpfen, die aus verbrecherischen Aktionen der Selbstverteidigungsgruppen sowie aus Kreisen stammen, die diese illegalen Gruppen finanzieren.

Drittens führen wir einen unerschrockenen Kampf und haben zahlreiche Militäroperationen gegen diese Gruppen, deren Zahl sich im vergangenen Jahr um 123 Prozent erhöht hat, durchgeführt. Dabei sollte auf jeden Fall klargestellt werden, dass der Grund dafür, dass die Anzahl der Festgenommenen aus diesen Gruppen geringer als die aus der Guerilla ist, auch darin liegt, dass diese Gruppen dreimal kleiner als die der Guerilla sind. Aber sehen wir uns die Zahlen an: Während meiner Regierungszeit wurden 719 festgenommen und 134 getötet. Allein im letzten Jahr wurden 419 Angehörige der illegalen Selbstverteidigungsgruppen festgenommen oder getötet, was 14 Prozent mehr Festgenommenen und 163 Prozent mehr Getöteten gegenüber 1999 entspricht. Darüber hinaus haben wir in den ersten drei Monaten dieses Jahres 128 Mitglieder der Selbstverteidigungsgruppen außer Gefecht gesetzt oder festgenommen. Wir haben sogar einen mit Geschützen ausgerüsteten Hubschrauber dieser ungesetzlichen Kräfte abgeschossen.

Eine andere wichtige Zahl ist die der Mitglieder der Selbstverteidigungsgruppen, die gegenwärtig im Gefängnis sind. Ungefähr 800, mehr als zehn Prozent ihrer Angehörigen, sitzen heute in den kolumbianischen Gefängnissen ein. Das ist ein viel höherer

Prozentsatz als der der verhafteten Angehörigen der Guerilla.

An vierter Stelle – und da reden wir bereits vom juristischen Aspekt – sprechen die Zahlen ebenfalls für sich: Die Staatsanwaltschaft führt mehr als dreimal so viele strafrechtliche Aktionen gegen die Selbstverteidigungsgruppen wie gegen die Aufständischen durch.

Die Untersuchungen sind jedoch nicht nur strafrechtlicher, sondern auch administrativer Natur, was zu wichtigen Ergebnissen geführt hat. In Kolumbien wird Straffreiheit nicht gefördert! Die Anzeigen wegen Kollaboration oder unterlassener Maßnahmen gegen Mitarbeiter der Staatsorgane bleiben nicht ohne strafrechtliche Verfolgung. Neben den internen Disziplinarmaßnahmen gehen unabhängige Kontroll- und Überprüfungsorgane diesen Anzeigen nach, die vollkommen unabhängig von der Regierung ihre Verfahren durchführen und Entscheidungen fällen, die dann wiederum von der Regierung respektiert und befolgt werden. Ein unwiderlegbarer Beweis dafür sind die Entscheidungen über Absetzungen und Verurteilungen, von denen hochrangige Offiziere der Streitkräfte betroffen waren, die wegen ihrer Aktionen oder Unterlassungen angezeigt wurden.

Fünftens haben wir dem Oberkommandierenden der Streitkräfte im Rahmen einer breit angelegten Gesetzesreform, welche die Modernisierung und Professionalisierung der Armee regeln soll, die Befugnis erteilt, nach eigenem Ermessen sofort und ohne vorherige Verhandlung jene Uniformträger aus den Reihen der Armee zu entfernen, gegen die ein begründeter Verdacht besteht, dass sie die Menschenrechte verletzen oder mit den illegalen Gruppen gemeinsame Sache machen. In der kurzen Zeit seit dem Inkrafttreten dieser Befugnis wurden bereits 458 Militärangehörige, darunter 89 Offiziere, aus der Armee ausgeschlossen.

Die Maßnahmen zur Reform der Streitkräfte und der Militärgerichtsbarkeit, auf die ich später noch zu sprechen kommen werde, sind ebenfalls Bestandteil unseres Kampfes gegen die illegalen Gruppen.

Als sechste Maßnahme wäre hervorzuheben, dass der größte Teil der großflächigen Besprühaktionen gegen illegale Kulturen in Zonen durchgeführt wird, in denen es eine starke Präsenz der Selbstverteidi-

■ Die Maßnahmen zur Reform der Streitkräfte und der Militärgerichtsbarkeit sind ebenfalls Bestandteil unseres Kampfes gegen die illegalen Gruppen.

gungsgruppen gibt. Hier haben wird Dutzende Labors für die Drogenverarbeitung zerstört.

Wie man sehen kann, ist der kolumbianische Staat in seinem entschiedenen Kampf gegen diese kriminellen Gruppen nicht untätig geblieben und wird dies auch in Zukunft nicht sein. Wir setzen einen ernsthaften und stimmigen Plan um, der zu guten Ergebnissen führt.

Bei der Durchführung dieser Politik schützen wir ebenfalls die Personen, die die Menschenrechte verteidigen. Hierfür verfügen wir über Systeme, um die Personen und die Räumlichkeiten, in denen diese arbeiten, zu sichern. In diesem Zusammenhang haben wir im vergangenen Jahr ungefähr fünf Millionen Dollar investiert, um etwa 40 Personen ständigen Personenschutz zu gewähren, vorbeugende Kommunikationssysteme einzurichten und gepanzerte Sicherungsanlagen an 85 Sitzen von Gewerkschaftsverbänden oder Menschenrechtsorganisationen zu installieren.

Natürlich steigt aufgrund des hohen Gewaltniveaus in unserem Land die Nachfrage nach Schutz, und so erweisen sich die Haushaltsmittel als unzureichend. Aus diesem Grund haben wir die internationale Gemeinschaft um Unterstützung gebeten, um dieses Programm fortzuführen und zu erweitern, und vertrauen darauf, dass wir bedeutende Mittel für die Verfolgung dieser Ziele erhalten werden.

Des weiteren haben wir einen Aktionsplan für die Versorgung und Betreuung der durch den Konflikt vertriebenen Einwohner beschlossen und durchgeführt, der Mechanismen zur Verhinderung von Vertreibungen, dringende humanitäre Unterstützung und Maßnahmen für die Rückkehr, Wiederausiedlung und die gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilisierung umfasst.

Auf Grund der Größe dieser Aufgabe und der Beschränkungen der staatlichen Mittel bitten wir bei diesem Thema ebenfalls um internationale Unterstützung. Das Ausmaß der Zwangsvertreibung im Land übersteigt die Betreuungsmöglichkeiten des kolumbianischen Staates und erfordert die Kooperation von anderen Ländern, internationalen Institutionen und auswärtigen Nichtregierungsorganisationen.

Im Rahmen der Förderung unserer Strategie zur Stärkung der Institutionen und zur sozialen Entwicklung haben wir der internationalen Gemeinschaft

■ Aufgrund des hohen Gewaltniveaus steigt in unserem Land die Nachfrage nach Schutz, und so erweisen sich die Haushaltsmittel als unzureichend. Aus diesem Grund haben wir die internationale Gemeinschaft um Unterstützung gebeten, um dieses Programm fortzuführen und zu erweitern, und vertrauen darauf, dass wir bedeutende Mittel für die Verfolgung dieser Ziele erhalten werden.

Projekte mit einem Finanzierungsbedarf von fast 500 Millionen Dollar für die Betreuung von Vertriebenen zur Bewertung vorgestellt. Inzwischen sind bereits die ersten konkreten Hilfsangebote eingegangen und wir sind optimistisch, dass in Anbetracht des Ausmaßes des vor uns stehenden Problems die befreundeten Länder zur Finanzierung dieser Projekte beitragen werden.

Auf dem Gebiet der Legislative zählen zu den wichtigsten Ergebnissen der letzten Zeit die Errungenschaften in der Menschenrechtspolitik. Das neue Militärstrafgesetzbuch wurde verabschiedet, in dem unter anderem festgelegt wurde, dass über durch Angehörige der Staatsorgane begangene Verletzungen der Menschenrechte zivile Richter und nicht Militärrichter urteilen. Das ist ein Ergebnis, das viele frühere Regierungen anstreben, aber nicht erreichten.

Gleichzeitig wurde das „Verschwindenlassen“ von Personen in die Kategorie eines Verbrechens erhoben. Dabei handelt es sich ebenfalls um ein seit langer Zeit verfolgtes, aber immer wieder verschobenes Ziel. Auch wurde ein neues Strafgesetzbuch in Kraft gesetzt, auf dessen Grundlage Verletzungen des internationalen humanitären Rechts geahndet werden.

Im Rahmen dieses Gesetzes wurden die Armee und die Polizei modernisiert, und es wurde verboten, Jugendliche unter 18 Jahren einzuziehen. Damit gehen wir noch über die Bestimmungen der Konvention zum Schutz der Rechte des Kindes hinaus. Vor einem Jahr hatte ich die Genugtuung, das Gesetz zu unterzeichnen, mit dem die Konvention von Ottawa über das Verbot und die Beseitigung von Antipersonenminen angenommen und in unsere eigene Gesetzgebung eingeschlossen wurde. Darüber hinaus haben wir den Vertrag über die Bildung des Internationalen Strafgerichtshofes unterzeichnet; wir bereiten die Vorlage im Kongress zur Annahme vor.

Schließlich haben wir im Bereich der Politik in der Vergangenheit die Generalstaatsanwaltschaft des Landes bei der Untersuchung der Verletzungen der Menschenrechte unterstützt.

Über ein Komitee unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten, der auf höchster Regierungsebene die Durchsetzung der Menschenrechtspolitik leitet, fördern wir die Untersuchung der schwersten Fälle von Verlet-

Auf dem Gebiet der Legislative zählen zu den wichtigsten Ergebnissen der letzten Zeit die Errungenschaften in der Menschenrechtspolitik. Das neue Militärstrafgesetzbuch wurde verabschiedet, in dem unter anderem festgelegt wurde, dass über durch Angehörige der Staatsorgane begangene Verletzungen der Menschenrechte zivile Richter und nicht Militärrichter urteilen. Das ist ein Ergebnis, das viele frühere Regierungen anstreben, aber nicht erreichten.

zungen, die große soziale Auswirkungen hatten. Dieser Mechanismus erwies sich als geeignet, um die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Institutionen in die Wege zu leiten, die Untersuchungstätigkeit zu konzentrieren und besondere Unterstützung für seine Umsetzung in die richtigen Bahnen zu lenken.

Wir sind uns bewusst, dass uns trotz der erzielten beträchtlichen Ergebnisse noch viel Arbeit auf dem Gebiet des Schutzes der Menschenrechte bleibt. Wir erkennen auch nicht, dass, wenn wir keine Fortschritte in Richtung auf eine Verhandlungslösung im bewaffneten Konflikt machen und keine Einigung über die Einhaltung des internationalen humanitären Rechts erreichen, die Konfrontation durch die wahnsinnige Haltung der Guerilla und der Selbstverteidigungsgruppen zunehmen und weiterhin zu einer ständigen Verletzung der Rechte der Bürger führen wird.

Wir glauben, dass die internationale Gemeinschaft neben ihrer materiellen Unterstützung einen entscheidenden Beitrag zur Linderung der humanitären Krise, unter der wir leiden, leisten kann. Der Beitrag besteht darin, dass die Staaten und die Nichtregierungsorganisationen für Menschenrechte ihre traditionelle, auf einem klassischen Verständnis beruhende Sichtweise, wonach die Menschenrechte nur vom Staat verletzt werden können, durch das Studium des internationalen humanitären Rechts ergänzen, das davon ausgeht, dass alle in einem Konflikt stehenden bewaffneten Akteure Kriegsverbrechen begehen können.

Wenn ich das soeben Gesagte vorschlage, dann tue ich dies nicht mit der Absicht, die Schutzpflichten des kolumbianischen Staates zu umgehen. Wir kennen diese Pflichten, stehen zu ihnen und befolgen sie. Ich will auch nicht irgendwelche Exzesse oder Verbrechen verschleieren, an denen Angehörige staatlicher Organe beteiligt sein könnten. Ich tue dies in zweierlei Absicht. Erstens geht es darum, mit größerer Objektivität die Verantwortungen für die schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte, die in dieser bewaffneten Auseinandersetzung begangen werden, den einzelnen Beschuldigten, einschließlich den Aufständischen, zuzuweisen. Zweitens geht es um die Notwendigkeit, dass die internationale Gemeinschaft in dem Maße, wie sie die Verbrechen und

■ Wir glauben, dass die internationale Gemeinschaft neben ihrer materiellen Unterstützung einen entscheidenden Beitrag zur Linderung der humanitären Krise, unter der wir leiden, leisten kann.

Grausamkeiten der illegalen Gruppen anprangert, auch dazu beiträgt, den Anführern dieser Gruppen begreiflich zu machen: die humanitären Normen sind für alle sich in der Auseinandersetzung befindenden Kräfte verpflichtend und müssen beachtet und akzeptiert werden.

Alarmierend und himmelschreiend ist das unmenschliche Verhalten der Mitglieder der Guerillagruppen, wenn sie entführen, wenn sie diejenigen ermorden, die sich bereits ergeben hatten, wenn sie Dörfer zerstören, wenn sie Minderjährige mit Gewalt rekrutieren und durch Androhung der Todesstrafe am Desertieren hindern.

Alarmierend und himmelschreiend ist das unmenschliche Verhalten der Mitglieder der illegalen Selbstverteidigungsgruppen, wenn sie entführen und Massaker verüben.

Die befreundeten Nationen müssen verstehen, dass ich als Regierungschef verpflichtet bin, den Weg des Dialogs zu gehen, um den Frieden zu erreichen. Wir können aber auch nicht die Augen davor verschließen, dass Gewalttäter, gleichgültig ob Linke oder Rechte, Subversive oder Antisubversive, morden, zerstören und einschüchtern.

Der Schutz der Menschenrechte erfordert ebenfalls – und dies möchte ich, ohne Befürchtungen zu wecken, sagen – die Verbesserung der Fähigkeit des Staates, allen Bürgen Sicherheit zu bieten.

Legitimität erwirbt man sich auch durch den ethisch gerechtfertigten, wirksamen und erfolgreichen Einsatz der Streitkräfte gegen diejenigen, die Verbrechen begehen und die Sicherheit der Gesellschaft und des Staates bedrohen. Man kann nicht weiter a priori jede Bemühung der Regierung, die Mittel für den Schutz der Bevölkerung zu verbessern, stigmatisieren. Das ist unsere Pflicht, das ist die Pflicht jeder verantwortungsbewussten Regierung in der Welt, und wir können uns dieser Pflicht nicht entziehen.

■ Die befreundeten Nationen müssen verstehen, dass ich als Regierungschef verpflichtet bin, den Weg des Dialogs zu gehen, um den Frieden zu erreichen. Wir können aber auch nicht die Augen davor verschließen, dass Gewalttäter, gleichgültig ob Linke oder Rechte, Subversive oder Antisubversive, morden, zerstören und einschüchtern.

■ Die sieben Freiheiten der Demokratie

Der Zusammenschluss der Kultur des Lebens, der Kultur des Friedens und der Kultur der Menschenrechte ermöglicht es uns, den Rahmen zu schaffen, um die sieben Freiheiten zu erreichen, die die wichtigsten Errungenschaften des Humanismus sind.

Diese drei Kulturen, die die drei Eckpunkte des Wirkens meiner Regierung bilden, müssen es möglich machen, dass sich der Mensch frei von jeder Art von Diskriminierung fühlen, dass er frei von Angst sein kann, dass es keine Folter, keine willkürlichen Verhaftungen und keine Entführungen gibt. Wir streben nach einem Menschen, der in seinen Gedanken und Meinungen frei ist, der frei von Elend und in der Lage ist, sich über das Leben zu freuen, der frei ist, an der Gestaltung der Welt zu arbeiten, der frei ist von den Ungerechtigkeiten und Verletzungen des Rechtsstaates und frei ist, eine Arbeit zu haben, die ihn mit Würde erfüllt.

■ Es kann keinen Gedanken an Frieden ohne Menschenrechte geben. Unsere Entscheidung ist klar: Wir sind und handeln entschlossen gegenüber denjenigen, die das Geschäft der Kriege, Konflikte, Völkermorde, ethnischen Säuberungen und Fremdenfeindlichkeit betreiben, weil dies alles zu einer Schwächung des sozialen Gefüges führt und diese brutale und systematische Gewalt ausmacht, die so offen im 20. Jahrhundert verübt wurde.

Es kann keinen Gedanken an Frieden ohne Menschenrechte geben. Unsere Entscheidung ist klar: Wir sind und handeln entschlossen gegenüber denjenigen, die das Geschäft der Kriege, Konflikte, Völkermorde, ethnischen Säuberungen und Fremdenfeindlichkeit betreiben, weil dies alles zu einer Schwächung des sozialen Gefüges führt und diese brutale und systematische Gewalt ausmacht, die so offen im 20. Jahrhundert verübt wurde.

Tatsächlich ist für uns die erste reale Globalisierung die der Menschenrechte, die es uns ermöglichen wird, an jedem Ort der Welt diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die die Würde und das Leben von Menschen misshandelt haben, weil derjenige, der die Menschenrechte verletzt, das Gewissen der Menschheit und die Menschheit selbst beleidigt. Die Verbrechen gegen die Menschheit können nicht als innere Angelegenheit einer Nation angesehen werden, weil es bei dem Gedanken an die Menschenrechte keine Grenzen für das Bewusstsein der Völker beziehungsweise das Bewusstsein der Menschen gibt.

■ Frieden wächst in Solidarität

Der Fall der Berliner Mauer war das Ende eines als friedliche Koexistenz bezeichneten BeziehungsmodeLLS zwischen den Völkern, das vollständig auf die Entwicklung der Gesellschaftsfähigkeit gerichtet war, diesen negativen Wert, der uns dazu gebracht hat, gemeinsam mit anderen zu koexistieren, ohne sich um sie im Guten oder im Schlechten zu kümmern.

Der Frieden gebietet uns heute, die friedliche Koexistenz durch das sich auf den aktiven und fried-

lichen Werten der Solidarität begründende Zusammenleben zu ersetzen. Diese Werte verlangen von uns nicht nur, niemandem Schlechtes zu tun, sondern legen uns die Verpflichtung auf, den anderen immer und zu jeder Zeit Gutes zu tun. Und das gilt nicht nur für das Verhältnis zwischen den Menschen, sondern auch zwischen den Völkern, weil es das Ende des „sozialen Kainismus“ aufzeigt, wo Kain immer auf die Fragen nach seinem Bruder antwortet: „Soll ich meines Bruders Hüter sein?“

Wenn der Frieden wahrhaftig ist, dann geht er immer mit Wahrheit, Gerechtigkeit und Solidarität einher. Johannes Paul II. sagte schon, dass das Recht auf Frieden und das Recht auf ganzheitliche Entwicklung untrennbar und unteilbare Rechte sind.

■ Frieden, Entwicklung und Zusammenleben

Ohne Brot gibt es keinen Frieden – diese Überzeugung äußerte ich bereits am Beginn meiner Regierungszeit und diese Überzeugung gilt nicht nur für Kolumbien, sondern für alle Länder der Welt, auch für die Länder, die heute durch Einwanderer das Ausmaß der sich ausbreitenden Armut zu spüren bekommen.

Es hat weh getan zu erleben, wie die Banken und die internationalen Gremien und allgemein alle für die Bekämpfung der Armut geschaffenen Institutionen einräumen mussten, dass die Entwicklungsmodelle keine sicheren Wege für die Überwindung der Armut eröffnen konnten.

Wenn wir den Frieden wollen, müssen wir nachdenken und erneut Entwicklungsmöglichkeiten schaffen, damit alle Nationen zu ihrem wirklichen Reichtum beitragen können.

Es müssen Lösungen für die durch Krankheiten, Hunger und Unterernährung bedrohten Menschen gefunden werden, denn niemand kann auf eine Modernisierung der Wirtschaft stolz sein, bei der es eine furchtbare Zahl von Geschädigten und Opfern gibt, für die keine Lösung möglich war.

Der Frieden ist ein großes Werk, an dessen Errichtung alle teilhaben müssen. Arbeit für den Frieden ist Arbeit für Entwicklung.

Wir stehen vor der großen Herausforderung, der sich die Konrad-Adenauer-Stiftung bereits seit langer Zeit in Lateinamerika stellt, nämlich der verantwor-

■ Wenn der Frieden wahrhaftig ist, dann geht er immer mit Wahrheit, Gerechtigkeit und Solidarität einher. Johannes Paul II. sagte schon, dass das Recht auf Frieden und das Recht auf ganzheitliche Entwicklung untrennbar und unteilbare Rechte sind.

■ **Präsident Kennedy hatte Recht, als er sagte, dass, „wenn man es in einer freien Gesellschaft nicht schafft, den vielen Armen zu helfen, man den wenigen Reichen keine Garantien geben kann“.**

tungsbewussten Entwicklung der Solidarität für den Frieden. Präsident Kennedy hatte Recht, als er sagte, dass, „wenn man es in einer freien Gesellschaft nicht schafft, den vielen Armen zu helfen, man den wenigen Reichen keine Garantien geben kann“.

■ **Von Berlin aus entsteht die neue Welt**

Wir müssen – damit der Frieden möglich wird – auch weiterhin von der unabdingbaren Gleichheit der Menschen ausgehen.

Diese junge Welt, die hier im November 1989, vor mehr als elf Jahren, mit dem Fall der Mauer entstand, hat uns einige Lehren vermittelt, die man nicht vergessen darf:

- Sie hat uns gelehrt, dass man mit Ideologien weder regieren noch auf ihrer Grundlage kämpfen kann, weil dies immer zur Ausrottung des anderen führt. Die Demokratie erfordert sichere und unverzichtbare Prinzipien, die den Pluralismus ermöglichen.
- Sie hat uns gelehrt, dass weder revolutionärer Extremismus noch politische Oberflächlichkeit zu einer dauerhaften Lösung führen.
- Sie hat uns gelehrt, dass das Neue das Alte schrittweise ablösen muss und dass die Beharrlichkeit bei diesem Ablösungsprozess – um mit Gorbatschow zu sprechen – das Voranschreiten der Demokratie ausmacht.
- Sie hat uns gelehrt, dass die „Aufgabe des Regierens“ darin besteht, vorausschauend zu sein, das Naheliegende erkennen zu können und neu entstehende Realitäten beim Namen nennen zu können.
- Sie hat uns gelehrt, dass der Frieden das einzige absolut unumgängliche Gut ist. So sagte Adenauer: „Frieden gibt es nicht nur nach außen. Der Frieden muss tief im Menschen sein, wenn er ein würdiges Leben führen will; wer nicht frei ist, findet den inneren Frieden nicht, weil die Freiheit dem Menschen angeboren ist.“

Ich habe es geschafft, den Frieden zur Staatspolitik, das heißt, zu einem unumkehrbaren Prozess für das Leben, zu machen.

Wir haben es geschafft, dass die Menschen jetzt anders denken und wissen, dass es zum Frieden nur eine Alternative gibt: den Frieden.

Wir können heute der Welt offen und im Bewusstsein der Würde in die Augen schauen, immer und zu jeder Zeit, als uns Kolumbien und die internationale Gemeinschaft brauchten, ehrlich gewesen zu sein.

Wir sind nun bestrebt, die Schlacht gegen die Armut zu gewinnen. „Es gibt keinen Frieden ohne Brot“ – wir können es nicht hinnehmen, dass die Zahl der Ausgeschlossenen wächst, weil dies die Differenzen vergrößert, die der Demokratie den Garaus machen würden.

Es müssen Beschäftigungsmöglichkeiten durch produktive Investitionen eröffnet werden.

„Das Soziale muss wieder belebt werden“. Nur die Wiederbelebung des Sozialen wird dieser schmerzhaften Krankheit des Drogenhandels den Gnadenstoß versetzen, der es allen Akteuren des sozialen und des politischen Friedens schwer macht, noch schneller voranzukommen und unumkehrbare Erfolge zu erzielen.

Man muss begreifen, dass die „Wiederbelebung des Sozialen“ in diesen Zeiten der Globalisierung die Aufgabe aller ist, sie ist Gegenstand der Tätigkeit der Regierung und der internationalen Kooperation.

Wenn die Demokratie in Kolumbien schwach wäre, dann wäre sie schon verschwunden! Unsere Stärke beruht eben in ihr und unser Glauben beruht auf ihren Werten.

Ich komme gerade aus Quebec vom III. Amerikagipfel, auf dem sich die Staats- und Regierungschefs von 34 Ländern Amerikas trafen. Was für eine Genugtuung war es für mich, als mir vom gesamten amerikanischen Kontinent die entschiedene Unterstützung für unsere auf Frieden, Versöhnung und Vertiefung der demokratischen Werte gerichteten Anstrengungen zugesichert wurde.

Ganz eindeutig haben alle Repräsentanten der amerikanischen Staaten die feste Verpflichtung zu einem Waffenstillstand und einer Einstellung der Feindseligkeiten gefordert. Sie haben die Guerillagruppen aufgerufen, sich bei der Erreichung dieser Ziele in einer der Regierung ebenbürtigen Weise zu verhalten.

Ich weiß, dass wir in Deutschland und Europa auf eine ähnliche Haltung treffen können, damit in Kolumbien die Gewalttäter aufhören, das Recht der

■ Ich komme gerade aus Quebec vom III. Amerikagipfel, auf dem sich die Staats- und Regierungschefs von 34 Ländern Amerikas trafen. Was für eine Genugtuung war es für mich, als mir vom gesamten amerikanischen Kontinent die entschiedene Unterstützung für unsere auf Frieden, Versöhnung und Vertiefung der demokratischen Werte gerichteten Anstrengungen zugesichert wurde.

Stärke anzuwenden und statt dessen anfangen, an die Stärke des Rechts zu glauben.

Ich weiß wohl, dass Europa sein Wort halten wird. Sie und wir müssen mit der gleichen Überzeugung leben: „Wir werden im Leben nichts ändern, wenn wir nicht das Leben ändern“.

Zu Beginn dieses Jahrtausends haben wir die Möglichkeit vor uns, eine neue Gesellschaft zu schaffen, in deren Mittelpunkt der Mensch steht.

Der Text wurde von Werner Müller aus dem Spanischen übersetzt.